

1924/J XXI.GP
Eingelangt am:19.02.2001

ANFRAGE

des Abgeordneten Dkfm. Dr. Hannes Bauer und Genossinnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend **EU - Erweiterung**

Die bevorstehende EU - Erweiterung birgt ohne geeignete Maßnahmen zur zeitgerechten Abfederung zu erwartender Anpassungsprobleme die Gefahr von sozialen Verwerfungen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt bei Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit. Ebenso werden Gewerbebetriebe in Grenznähe aufgrund unterschiedlicher Wettbewerbsbedingungen unter massiven Konkurrenzdruck geraten. Der EU - Beitritt Österreichs wurde im Vorfeld für Klein - und Mittelbetriebe gut vorbereitet; für die geplante EU - Erweiterung existiert bisher keinerlei konzeptionelle Erfassung jener Branchenbereiche, die besonders betroffen sein werden; eine strategische Ausrichtung fehlt nach wie vor. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Welche speziellen Übergangsfristen wird es für Österreich bei der Umsetzung der Freizügigkeiten im Bereich der Arbeitskräfte, insbesondere für Teilmärkte, sowie im Dienstleistungsbereich geben ?
2. Sehen Sie Möglichkeiten, bei entsprechenden fixen Fristen flexible Regelungen korrespondierend mit der sozioökonomischen Entwicklung der Kandidatenländer vorzusehen?
3. Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie im Konnex mit der EU - Erweiterung zur Verbesserung der Situation am heimischen Arbeitsmarkt, vor allem für besonders betroffene Gruppen wie Frauen, ältere und minderqualifizierte Arbeitnehmer zu treffen?
4. Planen Sie verstärkte Kontrollen von Schwarzarbeit und härtere Bestrafung der von illegaler Arbeit profitierenden Unternehmer und wenn ja, in welcher Form?
5. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um eine stärkere Berücksichtigung auch sozialer Kriterien in den Beitrittsverhandlungen zur EU-Erweiterung - wie Mindeststandards bei Arbeit - und Sozialrecht sowie Gewährleistung gewerkschaftlicher Freiheiten in den Beitrittsländern - zu erreichen ?

6. Wie beabsichtigen Sie die von der geplanten EU - Erweiterung besonders betroffenen Regionen und grenznahen Ballungszentren in den Vorbereitungsprozess einzubeziehen ?
7. In welcher Form haben Sie die Sozialpartner in den Diskussionsprozess zur Erstellung des Positionspapiers Ihres Ressorts eingebunden? Werden ihrem vorliegenden Entwurf noch detailliertere Ausführungen folgen ?
8. In welcher Form werden betroffene Gewerbebetriebe in Grenznähe Unterstützungen zur Vorbereitung der EU - Erweiterung erhalten ?